

Insofern plädieren die US-amerikanischen Think Tanks im Wesentlichen eigentlich für eine konsequente Fortführung des Kurses, der unter Obama verfolgt wurde und von Hillary Clinton als US-Präsidentin wohl fortgesetzt worden wäre. Der Titel der Expertise Kuchins für das CGI stellt zwar in Aussicht, dass sie die Inhalte einer „neuen“ Russland-Politik umreißen würde. Wirklich neue Ansätze finden sich aber weder in der CGI-Studie noch in der des CSIS oder des Carnegie Endowments. Was allerdings deutlich in den Studien zum Ausdruck kommt, ist die Sorge, dass die Trump-Regierung in ihrer Russland- und Europa-Politik katastrophale Fehler begehen könnte, die kaum wieder gut zu machen wären.

https://www.google.de/?gfe_rd=cr&ei=JcRp-WaeDG63s8wfb_IGYcG&gws_rd=ssl#q=Eugene+Rumer,+Richard+Sokolsky,+Paul+Stronski+und+Andrew+S.+Weiss+illusions

<http://carnegieendowment.org/2017/02/09/guiding-principles-for-sustainable-u.s.-policy-toward-russia-ukraine-and-eurasia-key-judgments-from-joint-task-force-pub-67893>

<https://www.csis.org/analysis/recalibrating-us-strategy-toward-russia>

http://globalinterests.org/wp-content/uploads/2016/12/CGI_A-New-Russia-Policy-for-America_Andy-Kuchins.pdf

Russland und die NATO

Richard Sokolsky: The New Nato-Russia Military Balance: Implications for European Security. Paper submitted for the Carnegie Endowment for International Peace and Chicago Council on Global Affairs Joint Task Force on U.S. Policy Toward Russia, Ukraine, and Eurasia, März 2017.

Besprochen von **Dr. Hannes Adomeit**, Non-resident Fellow, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, hannes.adomeit@t-online.de

<https://doi.org/10.1515/sirius-2017-0064>

Der Autor stellt eingangs fest, dass fünfundzwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges das militärische Gleichgewicht zwischen NATO und Russland wieder zu einem wichtigen Thema im Westen geworden ist. Aus Sicht der NATO stelle Russland aus drei Gründen eine ernsthafte militärische Bedrohung für seine östliche Flanke und die euro-atlantische Sicherheit dar. Erstens habe Russland nach dem Krieg gegen Georgien 2008 ein umfassendes Militärreform- und Modernisierungsprogramm ins Leben gerufen, das mit deutlich erhöhten Verteidigungsausgaben finanziert werde. Dies habe dazu

geführt, dass die Fähigkeiten der russischen Streitkräfte erheblich gewachsen seien. Zweitens habe Russland in den vergangenen zehn Jahren die Bereitschaft gezeigt, militärische Gewalt sowohl in seiner unmittelbaren Nachbarschaft als auch jenseits des post-sowjetischen Raums als Instrument seiner Außenpolitik anzuwenden. Drittens habe der Kreml eine militärisch akzentuierte, scharf anti-westliche Politik eingeschlagen. Dazu gehörten unter anderem provokative militärische Manöver in der Nähe der Grenzen von NATO-Mitgliederstaaten, nuklear unterfütterte Drohungen und die Stationierung nuklearfähiger Raketen in der russischen Exklave Kaliningrad. Sokolsky stimmt im Wesentlichen einer wachsenden Wahrnehmung im Westen zu, dass Russland als revanchistische, neoimperialistische, expansionistische und dem Westen feindlich gesonnene Macht zurückgekehrt sei, die sich von den in der Charta von Paris 1990 verankerten Prinzipien der europäischen Sicherheitssystem abgewandt habe.

In seiner Analyse der militärischen Kräfteverhältnisse legt der Autor den Schwerpunkt auf den Baltischen Raum. Dort gebe es große Ungleichgewichte zugunsten Russlands. Auch wenn man, erstens, die ständigen Kräfte der baltischen Staaten, zweitens, die Truppen, die andere NATO-Mitglieder in Friedenszeiten oder auf Rotationsbasis auf dem baltischen und polnischen Territorium einsetzen könnte und, drittens, die früh ankommenden Kräfte, die die NATO der östlichen Flanke als Reaktion auf eine strategische Warnung vor einem Angriff zugewiesen hat, in den Kräftevergleich mit einbeziehe, habe Russland gegenüber der NATO bei der Truppenstärke und bei jeder größeren Kategorie von Kampfaffen und Ausrüstung, die in einem anfänglichen militärischen Angriff gegen die baltischen Staaten verwendet werden würden, ein großes Übergewicht.

Sokolsky vergleicht dann im Einzelnen die Fähigkeiten Russlands und der NATO bei den Truppenstärken, Kampfpanzern, Artillerie, Boden-Boden-Raketen, Kampfflugzeugen und Hubschraubern. Die Vorteile, die Russland gegenüber der NATO in baltischen Raum hat, kommen für ihn in den folgenden Faktoren zum Ausdruck:

1. Die russischen Luftverteidigungsfähigkeiten sind in den letzten Jahren deutlich verbessert werden. Dazu gehörten vor allem die in Kaliningrad neu stationierten S-400-Flugabwehrsysteme.
2. Neu dislozierte landgestützte Raketenwerfer und nuklearfähige Marschflugkörper könnten NATO-Gegenangriffe von See unterbinden.
3. In seinem Westlichen Militärbezirk hat Russland mehrere umfangreiche Einheiten von Bodentruppen unter dem Kommando eines Hauptquartiers auf

Korps-Ebene neu aufgestellt. Diese Truppen sind in hoher Bereitschaft.

4. Die vielzähligen regulären und überraschend angekündigten Militärmanöver haben gezeigt, dass Russland im vergangenen Jahrzehnt seine Truppen besser ausgebildet, ausgerüstet und in höhere Kampfbereitschaft versetzt hat. Außerdem seien die Befehlsstrukturen effektiver organisiert.
5. Die 2009 und 2013 und für den Herbst 2017 geplanten großräumigen „Sapad“- (Russisch: Westen) Manöver, an denen auch Einheiten der weißrussischen Streitkräfte teilnehmen, simulierten westlichen Militärbeobachtern zufolge eine Besetzung des Baltikums.
6. Die Baltischen Staaten sind zwischen Kaliningrad und dem Hauptteil Russlands eingeklemmt. Häfen und Flugplätze, die für die NATO-Verteidigung im Ostseeraum von entscheidender Bedeutung sind, sind verwundbar; einige von ihnen liegen nur wenig mehr als 30 Kilometer von der russischen Grenze entfernt.

Im Endeffekt kommt auch Sokolsky zum selben Ergebnis wie die RAND-Studie vom April 2016 (<https://warontherocks.com/2016/04/outnumbered-outranged-and-outgunned-how-russia-defeats-nato/>), wonach die russischen Streitkräfte, wenn sie einen Angriff gegen die Baltischen Staaten bei nur geringer Vorwarnung durchführen würden, in 36 bis 60 Stunden die estnische Hauptstadt Tallinn und die lettische Hauptstadt Riga erreichen könnten. Das gesamte Baltikum wäre praktisch nicht zu verteidigen.

Die Wahrscheinlichkeit eines umfangreichen konventionellen Angriffs auf die Baltischen Staaten sei allerdings gering. Der Kreml sei sich durchaus der großen Risiken bewusst, die ein konventioneller Krieg mit der NATO mit sich brächte. Infolgedessen sei es wahrscheinlicher, wenn er auf hybride Kriegführung setzen würde, wenn er beabsichtige die Kontrolle über die Baltischen Staaten wiederzugewinnen. Dies würde aber ebenfalls erhebliche Risiken mit sich bringen. Der Überraschungseffekt, der bei der Krim-Annexion eine wesentliche Rolle gespielt habe, fielen weg. Russland könnte in diesen Ländern kaum mit aktiver Unterstützung der russischsprachigen Minderheiten rechnen und müsste sich auf energische Gegenwehr der nicht-russischen Bevölkerung einstellen, die dann von der NATO unterstützt werden könnte. Zum Schluss listet Sokolsky Gegenmaßnahmen auf, die der Westen ergreifen sollte, um den Kreml von Gedanken abzuhalten, einen konventionellen Angriff oder verdeckte Operationen gegen die Baltischen Staaten durchzuführen.

<http://carnegieendowment.org/2017/03/13/new-nato-russia-military-balance-implications-for-european-security-pub-68222>

Russland und Osteuropa

Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz und **Piotr Buras**: The Minsk (dis)agreement and Europe's security order. Stefan Batory Stiftung und Heinrich Böll Stiftung, Warschau, März 2017.

Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz: How do you avoid others talking over your head? Poland's approach to Russia at a time of confrontation, Stefan Batory Stiftung, Warschau, Dezember 2016.

Sabine Fischer: Sanktionen als Dauerzustand? Vorschlag für eine Flexibilisierung der EU-Sanktionspolitik gegenüber Russland, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, SWP-Aktuell Nr. 24, April 2017.

Nikolay Mitrokhin: Diktaturtransfer im Donbass: Gewalt und „Staatsbildung“ in Russlands „Volksrepubliken“, in: Osteuropa, 67. Jg., 3–4, 2017, S. 41–55.

Katerina Bosko: Post-Minsk-Realität: die Folgen der Donbass-Blockade durch ukrainische Rechtsradikale und der „Nationalisierung“ von Unternehmen durch die „Volksrepubliken“, in: Ukraine-Analysen, Nr. 184, 10. Mai 2017, S. 2–6.

Besprochen von **Dr. Hannes Adomeit**, Non-resident Fellow, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, hannes.adomeit@t-online.de

<https://doi.org/10.1515/sirius-2017-0065>

Die Kurzanalyse des Minsk-2 Protokolls vom 12. Februar 2015 und seiner Bedeutung für die europäische Sicherheit wurde von Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz und Piotr Buras im Rahmen des „Offenes Europa“-Programms der Stefan Batory Stiftung in Zusammenarbeit mit der Heinrich Böll Stiftung in Warschau erstellt. Pełczyńska-Nałęcz ist die Direktorin des Programms, davor war sie Botschafterin Polens in Moskau. Buras ist Direktor des Warschauer Büros des European Council on Foreign Relations.

Die Autoren haben in anderen Publikationen nachgewiesen, dass sie mit allen Einzelheiten des Minsk-2-Abkommens vertraut sind. In dem vorliegenden, acht Seiten umfassenden Text treten sie aus dem Dickicht der Details heraus und entwickeln politikrelevante Positionen. Sie stellen eingangs fest, dass alle am Konflikt beteiligten Seiten zwar der „vollständigen Umsetzung von Minsk 2“ das Wort redeten, bisher aber nicht eine einzige Bestimmung der Vereinbarung vollständig ausgeführt worden sei. In der Tat vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Opfer in der Zivilbevölkerung und bei den Streitkräften im Donbass zu beklagen wären. Es habe den Anschein, so die